

10.20

Bundesrat Rene Pfister (SPÖ, Niederösterreich): Sehr geehrter Herr Vizekanzler! Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mir das alles sehr, sehr genau angehört, und ich habe mit unserer Wirtschaftskammerpräsidentin in Niederösterreich, Sonja Zwazl, ein sehr, sehr gutes Verhältnis. Ich sage es und stehe auch dazu, weil wir die Erfahrung gemacht haben, dass wir nur gemeinsam etwas bewirken können.

Sonja hat das Jugendausbildungsgesetz angesprochen. Dazu möchte ich schon auch sagen, dass das natürlich eine Herausforderung für unsere Unternehmerinnen und Unternehmer ist und dass das für unsere Betriebe in Österreich eine Herausforderung sein wird. Lieber Herr Wirtschaftsminister, da heißt es aber auch, uns die Facharbeiterausbildung und die Bildung im schulischen Bereich ebenso anzuschauen und den Unternehmerinnen und Unternehmern, den Betrieben auszurichten und sie auch dazu zu verpflichten, in die Lehrlingsausbildung oder in die Ausbildung zu investieren und Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen.

Wir wissen – und Sie wissen es auch ganz genau –, dass die Zahl der Ausbildungsplätze für Facharbeiterinnen und Facharbeiter nicht eine immens explodierende, sondern eine rückläufige ist. Das ist in Österreich so (*Bundesrätin Zwazl: Aber eine ...!*), und wir wissen auch, liebe Sonja, wir haben das letztes Jahr auch bei einer Enquete diskutiert, dass weniger Lehrverträge unterschrieben werden. Das ist Fakt. Diese Ausbildungsplätze stehen nicht zur Verfügung. Und da ergeht an Sie, Herr Wirtschaftsminister, die Forderung und auch die Bitte von meiner Seite, auf die Unternehmerinnen und Unternehmer einzuwirken.

Sonja hat bereits eine Initiative angekündigt, ich möchte das hiermit auch tun. Es handelt sich dabei um den Schutz der europäischen Stahlindustrie – Sie kennen es. Wir würden uns freuen, wenn diese Initiative, bei der es um höhere Antidumpingzölle, kürzere Verfahren und Zulassungen geht, auch hier unterstützt würde, um unsere hohe Qualität, die wir hier in Österreich produzieren und vor allem auch entwickeln, nicht auf dem Altar der Marktwirtschaft und des globalen Handels zu opfern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch die Digitalisierung wurde angesprochen. Die Digitalisierung betrifft alle Lebensbereiche, auch die Arbeitswelt. Sie verändert Arbeitsprozesse, Geschäftsmodelle genauso wie Unternehmensstrukturen. Der digitale Wandel ist aber natürlich keine Naturgewalt, sondern kann und muss von uns allen gestaltet werden. Er hat natürlich auch Auswirkungen auf die Beschäftigung und Verteilung. Kaum ein Geschäftsmodell funktioniert heute noch ohne Bits und Bytes. Für

Beschäftigte bleibt das nicht ohne Folgen. Sie benötigen natürlich zunehmend Kompetenzen im digitalen Bereich, die auch regelmäßiger Erweiterungen bedürfen. Beschäftigung muss also auch Aus- und Weiterbildung sowie Umschulung ermöglichen.

Durch die Digitalisierung können Tätigkeiten natürlich immer räumlich und zeitlich flexibel erfolgen. Das kann einen Zuwachs von Autonomie bedeuten, genauso wie das Verschmelzen von Arbeit und Privatsphäre. Für einen Teil der Beschäftigten führt die Digitalisierung auch zur Einschränkung ihrer Arbeitsautonomie. Ihr Aufgabenprofil reduziert sich auf standardisierte Routinetätigkeiten. Demgegenüber wird das Tätigkeitsprofil von manchen Beschäftigten vielseitiger und abwechslungsreicher.

Eine Zunahme unsicherer und individualisierter Beschäftigungsformen bewirkt, dass Beschäftigungsschutz, Systeme für Gesundheitsschutz und Sicherheit am Arbeitsplatz sowie Kollektivverträge ihre Wirkungen nicht mehr entfalten können. Das heißt natürlich für uns alle, im Geltungsbereich von sozialen Normen und arbeitsrechtlichem Schutz für durch die Digitalisierung entstehende Beschäftigungsformen auch eine Abgabenverpflichtung, vielleicht auch an Plattformbetreiber für digitale Auftragsvergaben oder Einzelselbständige, anzudenken – Abgaben aufgrund reduzierter oder auch veränderter Arbeitsplätze.

Wenn wir das Thema Arbeitszeitumverteilung – ich sage ganz bewusst Arbeitszeitumverteilung – ansprechen, dann wissen wir, dass Wifo-Chef Karl Aiginger diesbezüglich viele Vorschläge gebracht hat. Wenn es um Arbeitszeitumverteilung geht, die allen Beschäftigten natürlich auch sozialversicherungsrechtlich einen hohen Schutz bieten soll, dann heißt das auch, dass es Möglichkeiten gibt, indem man sagt: Im Besserverdienenden-Segment geht es auch darum, dass man Freizeitoptionen hineinnimmt, ohne übermäßige Gehaltserhöhungen, denn bei Einkommen jenseits der 10 000 € monatlich geht es auch um Freizeit.

Durch die Digitalisierung werden auch zusätzliche Potenziale für Effizienzsteigerung geschaffen. Die Erhaltung eines dauerhaft hohen Beschäftigtenniveaus erfordert auch Intervention, natürlich in der Arbeitszeitumverteilung, im Spielraum für Investition, Forschung und Entwicklung und, wie auch schon angesprochen, in Bildung und Qualifizierung.

Lieber Herr Wirtschaftsminister, Sie haben es auch angesprochen: Comprehensive Economic and Trade Agreement – ein sehr sperriger Begriff –, kurz CETA. Auch wenn wir verstärkte Handelsbeziehungen natürlich befürworten, kann es nicht sein, dass das auf Kosten der Österreicherinnen und Österreicher geht. Wenn es um die Qualität

geht, wenn es um die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geht, dann müssen wir sehr, sehr genau darauf schauen.

Positive Effekte in den Arbeitsnormen, die Sie auch angesprochen haben, sind natürlich höhere Einkommensgerechtigkeit, bessere Wirtschaftsleistung, niedrigere Arbeitslosigkeit, höhere Produktivität, höhere Durchschnittslöhne und Reduzierung der Einkommensunterschiede.

Bei den verschiedenen Abkommen ersuche ich Sie, darauf zu schauen, dass bei öffentlichen Dienstleistungen, die Maschinen und Roboter vielleicht besser machen können – wie zum Beispiel gefährliche Arbeiten durchzuführen –, der positive Effekt genutzt wird; aber wenn es um Menschen, um Bildung, Ausbildung, Fortbildung und Pflege geht, sollten wir das nicht den Maschinen überlassen. *(Präsident Saller gibt das Glockenzeichen.)*

Lieber Herr Vizekanzler, das werden wir uns alles sehr, sehr hart am Verhandlungstisch in Brüssel erkämpfen müssen. Aber als konstruktiver und gelernter Sozialpartner, wie wir Sie kennenlernen durften, gehen wir davon aus, dass Sie für Österreich, für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und auch für die Arbeitgeber das Beste herausholen. *(Beifall bei SPÖ und ÖVP.)*

10.27

Präsident Josef Saller: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Bundesrat Krusche. – Bitte, Herr Bundesrat.